17.03

Abgeordneter Wendelin Mölzer (FPÖ): Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Der vorliegende Dringliche Antrag von NEOS ist sicher sehr gut gemeint und, wie es mein Klubobmann schon gesagt hat, in den meisten Punkten unterstützenswert, jedoch muss man natürlich sagen, dass das in gewisser Weise so etwas wie Wünsche an das Christkind sind, deswegen, weil wir zum einen schon in der Theorie, nach den Lettern des Gesetzes gewisse gesetzliche Regelungen haben, die theoretisch eine Objektivierung, die besten Leute im ORF einfordert; auf der anderen Seite – das haben wir heute ja schon lang und breit besprochen – haben im Bereich des Rechnungshofausschusses selbst das öffentliche Hearing und die Transparenz nichts geholfen und die Packelei letztlich gesiegt. Das funktioniert eben in der Realität nicht.

Das liegt aber noch viel tiefer, und das wird man wahrscheinlich mit noch mehr Hearings und noch mehr Transparenz auch nicht lösen, das liegt in der mangelnden Stärke unseres Parlamentarismus, das liegt darin, dass wir im Grunde genommen in einer Ministerialdemokratie leben, in der also die Regierungsfraktionen in erster Linie von ihren Ministern und auf der anderen Seite von der Partei abhängig sind.

Für mich ist damit klar, dass es auch im August wieder eine Packelei geben wird, dass wir auch bei der Wahl zum ORF-Generaldirektor im August nicht erleben werden, dass der Beste, der Qualifizierteste gekürt wird, sondern der politisch Willfährigste, und dass derjenige wahrscheinlich wieder Alexander Wrabetz heißen wird. Es ist aber so, dass die Probleme beim ORF sicher tiefgreifender sind und diese nicht nur mit der Art und Weise der Wahl des Generaldirektors zu tun haben.

Kollege Cap hat heute gesagt, dass der ORF wirtschaftlich so erfolgreich ist. – Da muss ich leider laut lachen, denn mit 600 Millionen € an Zwangsgebühren ist das sicher leicht zu machen. Genauso wäre es, wenn man behaupten würde, die ÖBB seien ein wirtschaftlich erfolgreiches Unternehmen. Wir alle wissen, wie viel wir da vom Steueraufkommen hineinzahlen; das ist aber offensichtlich ein sozialistisches Wirtschaftsverständnis, das da zum Tragen kommt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Anspruch des ORF auf die Rundfunkgebühren oder auf einen Großteil der Rundfunkgebühren ist absolut zu hinterfragen und unseres Erachtens aus mehreren Gründen nicht mehr gerechtfertigt. Zum einen ist es so, dass der ORF nur mehr im Ansatz die im ORF-Gesetz festgehaltenen Anforderungen – nämlich das, was ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist, welche Inhalte zu produzieren und zu verbreiten sind – erfüllt, vor allem in seinen Sendern ORF eins und ORF 2. Zum anderen agiert

der reichweitenstärkste Radiosender, nämlich Ö3, im Grunde genommen wie ein Privatsender, sieht man einmal von den Verkehrsinformationen und der einen oder anderen Nachrichtensendung ab. Und der ORF ist in den vergangenen Jahren hergegangen und hat eben diese öffentlich-rechtlichen Inhalte in die Spartenkanäle verbannt, die ja kaum eine Reichweite haben. Im Grunde genommen, auf dem Papier, erfüllt er dort zwar den öffentlich-rechtlichen Auftrag, hat damit aber in Wirklichkeit eine Feigenblattlösung geschaffen, und die große Reichweite wird nicht erzielt.

Dieser öffentlich-rechtliche Auftrag, das muss man ganz klar festhalten, ist dadurch eben ungenügend erfüllt. Dazu kommt noch, dass in den Nachrichtensendungen das Objektivitätsgebot immer wieder verletzt wird, dass man es seitens der ORF-Führung duldet, dass beispielsweise Nachrichtenredakteure, Programmgestalter ihre persönliche politische Meinung in die Berichterstattung einfließen lassen. Ein leuchtendes Flaggschiff, das kennen wir alle, ist der Moderator der „ZIB 2“, der auf der einen Seite auf Twitter den linken Moralapostel gibt, als Twitter-Gott, und auf der anderen Seite kaum in der Lage ist, in der „ZIB“-Sendung mit seiner politischen Meinung hinterm Berg zu halten und eben auch dort den Moralapostel spielt. Ich denke, das ist eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks einfach unwürdig. Wenn man nach Deutschland blickt, sieht man, dort gibt es so etwas nicht. *(Beifall bei Abgeordneten der FPÖ.)*

Was in diesem Bereich weiters zu denken gibt, ist – gerade aktuell – die Sportberichterstattung: Man ist nicht in der Lage, mit Abermillionen – etwa im Vergleich zum Schweizer Fernsehen, geschweige denn zum deutschen Fernsehen, auch wenn dort mehr Geld da ist, das ist keine Frage – eine wirklich professionelle Berichterstattung zu machen; das ist das eine. Was Randsportarten betrifft, wie etwa Eishockey, so kommen diese im ORF gar nicht vor oder nur sehr wenig, weil man offensichtlich einem Sender wie ServusTV nicht zuspielen will und sich da einfach wie ein Kind benimmt und sagt: Was die anderen können, das dürfen wir nicht machen!

Für uns stehen damit die Zwangsgebühren mehr als infrage. Man sollte überhaupt darüber diskutieren, ob man ORF eins und Ö3 nicht vielleicht völlig in die freie Marktwirtschaft entlässt und nur mehr jene ORF-Programme fördert – es gibt ja auch Landesstudios, die sehr gut arbeiten, sehr wertvolle Programme wie zum Beispiel Radio Kärnten oder Radio Steiermark –, die absolut diesem öffentlich-rechtlichen Auftrag nachkommen, die Gebühren also nur mehr dorthin gibt beziehungsweise die Gebühren anders verteilt.

Diese Rahmenbedingungen müssen wir als Gesetzgeber schaffen, das ist, glaube ich, ganz klar. Wir haben da immer wieder entsprechende Anträge eingebracht und werden das auch in Zukunft tun, und ich freue mich da auf eine gute Diskussion im Verfassungsausschuss.

Abschließend noch zum NEOS-Antrag bezüglich der Hearings, was Ministeramtsanwärter betrifft: Das halten wir nicht für gut, weil wir der Meinung sind, das soll der Wähler entscheiden. Es wurde heute schon von Kollegen Cap, glaube ich, richtigerweise festgehalten, dass die Minister sich ohnehin permanent der Öffentlichkeit und der Opposition im Parlament stellen müssen. Und ich denke, der Kanzler – das würde theoretisch auch den Kanzler treffen – soll gewählt werden. Nur weil derzeit eine Partei einen Kanzler stellt, der nicht gewählt worden ist – das ist meines Erachtens deren Problem –, müssen wir jetzt nicht unbedingt Hearings einführen.

In diesem Sinne hoffe ich auf baldige Neuwahlen, damit eben dieser Umstand bereinigt wird, und danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

17.08

Präsidentin Doris Bures: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Maurer. – Bitte.